



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/13

16. Januar 1957  
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

## Wutting auf Abwegen

S.M. - Der ehemalige Staatsminister im britischen Außenministerium, Antony Wutting, erklärte gestern in einem Artikel in der "New York Herald Tribune", er gebe zwar Ollenhauer für die kommende Bundestagswahl grössere Chancen als Adenauer, befürchte aber, dass der SPD-Vorsitzende der "Versuchung des Neutralismus erliegen" könnte. Die NATO würde dann "in Stücke gehen". Deshalb müsse man die NATO "überholen", das heisst mit Atomwaffen ausstatten und den Kalten Krieg durch geheime Waffenlieferungen an "patriotische Organisationen" in den Satellitenstaaten in das gegnerische Gebiet verlagern.

Genau so wie die Regierungspropaganda der CDU unterstellt der ehemalige Staatssekretär im britischen Außenministerium der SPD eine Politik, die von ihr eindeutig verworfen wird. Die SPD hat niemals den "Neutralismus" das Wort geredet, sondern immer erklärt, sie strebe anstelle der Wiedervereinigung verhängenden Politik der militärischen Blöcke ein System der kollektiven Sicherheit an, in dem das wiedervereinigte Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Teilnehmer an den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in Europa und damit der Sicherheit für das ganze deutsche Volk beteiligt sein muss. Das ist das Gegenteil von Neutralismus, aber auch das Gegenteil von der durch die Adenauer-Regierung propagierten Politik der miteinander unterstützten Militärblöcke, der Einbeziehung beider Teile Deutschlands in diese Militärblöcke und demzufolge das Gegenteil der Politik einer dauernden Unsicherheit für das deutsche Volk.

Der von Wutting geäusserte Gedanke, durch geheime Waffenlieferungen an "patriotische Organisationen" in den Satellitenstaaten den Kalten Krieg in das gegnerische Gebiet zu verlagern, wäre - wenn er praktiziert würde - gleichbedeutend mit der Aufgabe aller Bemühungen um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und der für alle Völker notwendigen Entspannung zwischen Ost und West.

Obwohl uns bekannt ist, dass ähnliche Ideen gelegentlich vor Unterhaltungen in östlichen Emigrantenorganisationen eine Rolle spielen, haben wir nie angenommen, dass sie auch für einen ehemaligen Staatssekretär des britischen Außenministeriums Gegenstand eines ernstzunehmenden Vorschlags sein könnten. Wer nämlich mit dem Gedanken spielt, den Partisanenkrieg jenseits des Eisernen Vorhangs zu organisieren, sollte den Mut haben, zu erklären, dass er bereit sei, den Dritten Weltkrieg auf europäischem Boden auszulösen.

Kleine Geschichten aus Bonn

Alles klar...

Die Kommandeurschule der Bundeswehr ist von Sonthofen nach... Idensau verlegt worden, und die Bundesweherschule "Innere Führung" wird ihren ständigen Sitz in... Pfaffendorf bei Koblenz haben.

Bonmot im Verteidigungsministerium: Alles klar, jetzt kann uns nichts mehr passieren.

Rentenreform

"Die Regierungsparteien vertrauen darauf, dass im Frühjahr und in Sommer die Nachzahlungen auf die zu erwartenden Rentenerhöhungen erfolgen und somit zum rechten Zeitpunkt im Sinne der Regierungspolitik wirken werden".

So zu lesen im Leitartikel des regierungstreuen "Generalanzeiger für Bonn und Umgebung" vom 16. 1. 1957, am Tage des Beginns der grossen Bundestagsdebatte über die Rentenreform.

Auch eine dunkle Seele hat gelegentlich einen Lichtblick...

Glaube allein versetzt nicht Berge

Um die wirtschaftspolitische Linie der CDU zu klären, wird am Freitag in Bonn eine Aussprache zwischen Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, dem Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion und den CDU-Mitgliedern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Bundestag stattfinden. Dies wurde in Bonn bekanntgegeben.

Jetzt fragen sich die meisten Mitglieder der CDU-Bundestagsfraktion, ob man sie bisher vercohlt hat. Sie waren nämlich der festen Überzeugung, die wirtschaftspolitische Linie ihrer Partei sei völlig klar und brauche infolgedessen nicht "geklärt" zu werden. In Bonn wird erzählt, man habe bei der CDU eingesehen, dass Glaube allein nicht Berge versetzen könne und denkt dabei mit Kummer an den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Berg, - und an die Spenden für den Wahlkampf.

So geht es nicht!

( Von Senator a.D. Heinrich Landahl )

Der Bundesminister des Innern hofft, mit seinen Darlegungen "dazu beizutragen, Forderungen, die jüngst in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, auf ein gesundes Maß zurückzuführen". Mit diesen Worten sind offensichtlich die Reden und Pläne gemeint, die auf der Parlamentarier-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei "Mobilisierung des Geistes" Anfang Dezember in Düsseldorf entwickelt worden sind.

Die Ausführungen des Bundesinnenministers sind ein trauriger Beweis für die Selbstzufriedenheit und die kulturpolitische Unzulänglichkeit dieses Ministeriums. Die von ihm zusammengesuchten Zahlen geben ein völlig falsches Bild von der Entwicklung. Seine Vergleiche mit dem Jahre 1913 sind in mehr als einer Hinsicht irreführend:

Alle Kriegszerstörungen werden einfach außer acht gelassen, als wenn es sie nicht gäbe. Dabei erfordert der Wiederaufbau der Schulen allein 8 Milliarden DM, von denen bis jetzt etwa die Hälfte von den Ländern aufgebracht worden ist. Es fehlen aber noch immer 40 000 Klassenräume, die weitere 4 Milliarden DM kosten, von denen der Bund die Hälfte übernehmen müßte, damit bis zum Jahre 1960, d. h. 15 Jahre nach Kriegsende, die Schulraumnot und der Schichtunterricht beseitigt werden. - Der Wiederaufbau der zerstörten Universitäten, Kliniken, Seminargebäude und Forschungsinstitute ist bestenfalls zur Hälfte bis heute geschafft. Auch hier ist ein Nachholbedarf in Milliardenhöhe noch durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern in den nächsten Jahren zu bewältigen.

Völlig unberücksichtigt läßt der Bundesinnenminister ferner die Zunahme der Schüler- und Studentenzahlen seit 1913. Im Bereich der Schule ergibt sie sich durch die Einführung des 8. und 9. Pflichtschuljahres und durch das Drängen in die weiterführenden Schulen, die heute etwa die dreifache Schülerzahl gegenüber 1913 aufnehmen müssen. - Bei den Studenten liegt es ähnlich. 1939 hatten wir im Reich (70 Millionen Einwohner) 55 000 Studenten, 1913 war es ungefähr die gleiche Zahl. 1956 studieren in der Bundesrepublik und Westberlin (52 Millionen Einwohner) 135 000 Studenten. Die Zahl der Studenten hat sich also, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, mehr als verdreifacht.

Übersehen wird vom Bundesinnenminister ferner, daß die Kosten für Einrichtung und Ausstattung der Schulen und Universitäten ganz wesentlich

P/XII/13

gestiegen sind, insbesondere auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Lehre und Forschung: physikalische und chemische Praktika in den Schulen, modern ausgestattete Laboratorien an den Hochschulen mit den heute unentbehrlichen, sehr teuren Apparaturen. Dazu kommen aber auch für Schulen und Hochschulen Sportplätze und Umkleieräume, an die 1913 noch niemand dachte.

Die Auslands-Vergleichszahlen des Bundesinnenministers sind untauglich oder falsch. Untauglich, weil sie nicht berücksichtigen, daß in den anderen Staaten keine oder wesentlich geringere Kriegszerstörungen zu beheben sind. Falsch, wenn sie in anderen Ländern die unvergleichlich höheren Stiftungsbeträge, die in Deutschland nie aufgebracht werden können, außer acht lassen.

Die schlichte Behauptung des Bundesinnenministers, "Stipendienmittel in Höhe von 200-500 Millionen DM, wie wir sie in Düsseldorf gefordert haben, hätten in keinem Land des freien Europa ihr Gegenstück", ist ohne Beweiskraft und einfach im Widerspruch mit den oft genug veröffentlichten Tatsachen, deren bisher auch nie widersprochen worden ist, - es sei denn der Bundesinnenminister rechne England und Frankreich nicht mehr zu den Ländern des freien Europa.

Aufschlußreich dagegen ist ein Vergleich des Wehretats von 1913 mit dem von 1956. Er betrug 1913 rund 923 Millionen DM und ist 1956 auf Zehnfache, d.h. 9 Milliarden DM gestiegen. Wenn wir eine Verzehnfachung auch für den Wiederaufbau unserer Schulen und Hochschulen und ihre Anpassung an die heutigen Anforderungen zugrunde legen, ergibt sich bei Benutzung der Zahlen des Bundesinnenministers ein Jahresbedarf für Schulen, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von rund 13 Milliarden DM. Dem steht aber für 1954 nur ein tatsächlicher Aufwand von rund 5 Milliarden DM gegenüber. Wenn wir uns entschließen könnten, für den Kulturstat die gleichen Entwicklungsmaßstäbe wie für den Wehretat anzulegen, könnten alle bisher angemeldeten Forderungen für Schule, Wissenschaft und Nachwuchs verwirklicht werden. Daß sie genau so dringend und notwendig sind, sollte außer Frage stehen.

Das Bundesinnenministerium hat sich mit seiner an den Bundestag gerichteten Darlegung als ein schlechter Anwalt deutscher Kulturpolitik erwiesen. Der Bundestag sollte mehr Verständnis und mehr guten Willen aufbringen und sich zu großzügiger Zusammenarbeit mit den Kulturministern der Länder entschließen, damit die vielen offenkundigen Mängel, unter denen Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Forschung, vor allem aber der Nachwuchs leiden, durch weitsichtige Maßnahmen und die entsprechender finanziellen Aufwendungen von Bund und Ländern so bald wie möglich behoben werden.

### Revolte der Buchhalter

K.J. Kaun ein Tag vergeht, an den die Zonenpresse nicht spaltenlang gegen den Bürokratismus zu Felde zieht. Aber dieses von den Panower Apparatschiks kunstvoll gezüchtete Ungeheuer hat zu viele Köpfe: schon beim blossen Versuch, einen abzuschlagen, wachsen der bürokratischen Hydra flugs drei neue.

Da darf sich jetzt im Neuen Deutschland der Hauptbuchhalter des "VEB Volksbau" Berlin zu Worte melden. Trauriges hat er zu sagen... Da ist einmal die neue, kürzlich eingeführte Lohnliste. Allein für die Produktionsarbeiter gibt es 25 Lohnarten. Wartezeiten, Pausestunden, Urlaub werden auf unerfindliche Weise wiederum auf zehn verschiedenen Arten ermittelt. 52 Abkürzungen sind von den Superplanern erfunden worden, mit denen in 49 Spalten und 26 (!) Sonderfächern der Schwanz einer Arbeitswoche geziert wird. EZ - das ist heileibe nicht dasselbe wie Erschw.Z.... das eine ist der "Erschwerniszuschlag", das andere die "Erschwerniszulage". Und weil es wiederum jeweils vier Arten von "Erschwernissen" gibt, braucht man alleine für diesen Buchungskomplex acht Spalten des Lohnstreifenungeheuers, das fast die Länge von einem Dreiviertelmeter erreicht.

Was aber werden die Buchhalter der zonalen Bauwirtschaft erst sagen, wenn sie von dem neuesten Streich ihrer Formularstrategen erfahren? Nicht zufrieden mit der bisherigen paralysierenden Aufschlüsselerei, wollen sie jetzt noch festgehalten wissen, ob der und der Lohn für den allgemeinen Wohnungsbau, für Rohbau, für Ausbau, für Kuhställe, für Bedürfnisanstalten usw. usw. gezahlt wird. Hochinteressant ist es künftig zu wissen, ob der "Kollege" schon zwei, drei Jahre beim Bau ist oder erst ein Jahr, fünf Monate und drei Tage. Fehlt nur noch der Nachweis erfolgreicher Impfung gegen Pocken und die Verdienstbescheinigung des kommunistischen Urgroßvaters...

Und das alles auf dem Hintergrund des "unerbittlichen Kampfes gegen die schädlichen Auswüchse des Bürokratismus"! Der Hauptlohnstreifenklave des "VEB Volksbau" Berlin hat seinen Kummer in die Spalten des ND ausgegossen - er wird doch nicht zum Rädelführer eines allgemeinen Buchhalteraufstands in der Zone werden wollen?

Arnold gegen Hammerskjöld

ler.- Ist der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, nicht in der Lage, Vorgänge in der Weltpolitik in ihrem Zusammenhang und ihrer Bedeutung zu erkennen? Verdunkelt sein Eifer als profiliertes Kreuzzugsträger gegen die Sozialdemokratie seinen Blick für klare Tatsachen? So sprach er in seiner ihm von kundiger Hand aufgesetzten Rede in Essen von einem "Traum von der Weltpolizei", und an die Sozialdemokratie richtete er die Frage, ob es eine Weltpolizei ohne Polizisten gebe.

Diese Frage war überflüssig, sie war als sie in Essen gestellt wurde, durch die Tatsachen schon beantwortet. Herr Arnold hat, was nicht gerade für ihn als Politiker spricht, die Bildung der UNO-Truppe nicht zur Kenntnis genommen, er negiert einen Vorgang von wahrhaft zukunftsweisender Bedeutung. Die Soldaten vieler Nationen, die im Auftrage der UNO als Ordnungsmacht nach dem Suezkanal entsandt wurden, haben dadurch die Ausweitung des Suezkanal-Konfliktes zum Allee und alle bedrohenden Weltbrand verhindert. Die Weltpolizei, von der Arnold in einem etwas abfälligen Sinne als Traumbilde sprach, ist zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit Wirklichkeit geworden, an der sich die Hoffnungen aller guten Geister entzünden.

In der bewegenden Botschaft, die der Generalsekretär der UNO, Hammerskjöld, an die in Ägypten stationierten UNO-Truppen erliess, heisst es:

"Als Mitglieder der Sondertruppe der Vereinten Nationen nehmen Sie an einem Unternehmen teil, das neu in der Geschichte ist. Sie sind Soldaten des Friedens in der ersten internationalen Sanktionskraft dieser Art. Sie sind von fernem Heimatländern gekommen, nicht um einen Krieg zu führen, sondern um den Frieden, der Gerechtigkeit und einer Ordnung unter der Autorität der Vereinten Nationen zu dienen.

Diese Gelegenheit des Dankens, an der Sie jetzt teilnehmen, kann nicht nach der Höhe ihrer Streitmächte oder nach dem Grade ihrer Bewaffnung gemessen werden. Sie sind die Frontlinie einer moralischen Kraft, die die ganze Welt umspannt,

16. 1. 1957

und Sie haben die Unterstützung von Millionen Menschen aus allen Kontinenten hinter sich.

Viel wird von dem Beispiel abhängen, das diese Streitkräfte geben. Ihr Erfolg kann eine bleibende Wirkung für das Gute haben, nicht nur in dem jetzigen Notfall, sondern in zukünftigen Unternehmen für den Aufbau einer Weltordnung, auf die wir eines Tages alle berechtigt stolz sein werden.

Ich weiss, die Vereinten Nationen können auf Sie zählen. Ich weiss auch, dass, wenn ich Sie grüsse und Ihnen danke, ich damit die guten Wünsche und die Dankbarkeit ausdrücke, die von unzähligen anderen mitempfunden werden. Sie sind mit Herz und Geist bei Ihnen."

Welcher Unterschied zwischen dem befeuernden Geist, der aus dieser Botschaft spricht, und der Haltung eines Arnold. Diese Botschaft richtet den Blick weit in die Zukunft, sie ist eine Quelle der Inspiration und eine Ermutigung für alle Kräfte, die in Atomzeitalter in der Stärkung der UNO den besten Schutz vor dem Sturz in den Abgrund erblicken. Arnolds politische Vorstellungen aber tragen den Stempel des Gestrigen und Vorgestrigen.

+ \* +

---

Verantwortlich: Günster Markscheffel